

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 113. Ratssitzung vom 4. November 2020

3131. 2020/282

Weisung vom 01.07.2020:

Schul- und Sportdepartement, PBZ Pestalozzi-Bibliothek Zürich, Betriebsbeiträge für die Jahre 2021–2023

Ausstand: Markus Kunz (Grüne)

Antrag des Stadtrats

1. Der PBZ Pestalozzi-Bibliothek Zürich wird für die Jahre 2021–2023 ein jährlicher Betriebsbeitrag von Fr. 10 600 000.– bewilligt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die Beitragsleistungen von Auflagen und Bedingungen abhängig zu machen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Schlussabstimmung:

Maya Kägi Götz (SP): *Die Pestalozzi-Bibliothek Zürich (PBZ) ist uns allen bekannt und ist für viele durch wiederkehrende Besuche ein vertrauter Ort. Gegründet wurde die Pestalozzi-Bibliothek im Jahr 1896 mit dem Zweck zur Volksbildung und -erziehung. Es handelt sich um eine reife Dame, die sich über die Jahrzehnte hinweg sehr gut hielt und jung, frisch und agil blieb. Das zeigt sich gegenwärtig auch mit ihrem Umgang mit den digitalen Medienangeboten und der strategischen Zielsetzung für die Jahre 2021 bis 2023. Auch hierbei bleibt die PBZ ihrem Auftrag zur Medien- und Informationsvermittlung treu. Sie konzentriert sich auch auf die Stärkung der Informations- und Medienkompetenz im Umgang mit neuen Medien. Die «Open Library» zeigt, wie die PBZ mit der Zeit mitgeht: Besucherinnen können Bibliotheksräume und verschiedene Dienstleistungen unter der Woche bereits ab 8 Uhr morgens nutzen. Selbstverständlich haben die Digitalisierung und der Wandel in der urbanen Gesellschaft auch Auswirkungen auf das Nutzerinnenverhalten, sodass öffentliche Bibliotheken vermehrt auch als Treffpunkt, Lern-, Arbeits- und Aufenthaltsort aufgesucht werden. Diesem Aspekt trug die PBZ stets Rechnung und sie wird das auch im digitalen Zeitalter weiterhin pflegen. Momentan ist das Angebot der nicht bedienten Bibliothek auf die Standorte Schütze und Altstadt beschränkt. Aber auch an den anderen zwölf Standorten hat die Stadtzürcher Bevölkerung Zugang zu einem vielfältigen, breiten und stets aktuellen Medienangebot. Alle Standorte bilden über das gesamte Stadtgebiet hinweg einen Mix aus thematischen Schwerpunkten und Quartierbibliotheken, die betrieblich alle der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit verpflichtet sind. Im Jahr 2019 verzeichnet die PBZ insgesamt 1 Million Besucherinnen und es wurden 2,7 Millionen physische und 152 315 elektronische Medien ausgeliehen. Die Trägerschaft der PBZ ist ein Verein mit einem Vorstand, der aus 14 Mitgliedern besteht und die Geschäftsleitung und die operative Führung beaufsichtigt. Als massgebliche Geldgeberin ist die Stadt mit vier vom Stadtrat abgeordneten Mitgliedern im Vorstand*

vertreten. Die Finanzierung der PBZ erfolgt zu rund 80 Prozent aus den jährlichen Betriebsbeiträgen der Stadt. Der Leistungsauftrag und die Zielvereinbarungen sind in der Subventionsvereinbarung zwischen der PBZ und der Stadt festgehalten. Die in den Jahren 2018 bis 2020 erfolgten Beitragserhöhungen ergaben sich unter anderem aus der Anpassung der Löhne, Renovationen und der Eröffnung des Standorts Schütze. Die PBZ auf dem Schütze-Areal wurde im August 2019 eröffnet. Mit über 1000 Quadratmetern Bibliotheksfläche dient sie auch als Schulbibliothek des Schulhauses Schütze und beherbergt am gleichen Standort die Verwaltung mit rund zehn Mitarbeiterinnen aus verschiedenen Geschäftsbereichen. Die aktuelle Erhöhung der kommenden Betriebsbeiträge sind mit der Anpassung der Sparbeiträge an die Pensionskasse der Stadt Zürich (PKZH) begründet, die der Gemeinderat im Jahr 2019 zur Sicherung des Leistungsziels der PKZH beschloss. Die Erhöhung der Sparbeiträge von Seite Arbeitgeberin und Angestellte hat für die PBZ Mehrausgaben von 100 000 Franken zur Folge, die sie ohne Leistungsabbau nicht nachhaltig kompensieren kann. Die Mehrheit der Kommission unterstützt die vom Stadtrat entsprechend beantragte Erhöhung um 100 000 Franken des jährlichen Betriebsbeitrag auf 10,6 Millionen Franken. Entsprechend lehnt die Kommissionsmehrheit die von der SVP beantragte Kürzung um 1 Million Franken ab. Die Mehrheit sieht auch keine Notwendigkeit, die PBZ in den nächsten vier Jahren auf eine Steigerung der MINT-Medien zu verpflichten. In der Kommission wurde uns aufgezeigt, dass Bestand und Umsatz von MINT-Medien weder zu klein noch zu gross sind, sondern gemäss den allgemeinen bibliothekarischen Richtwerten ausgewogen und genau richtig. Aus diesen Überlegungen lehnt die Kommissionsmehrheit den Änderungsantrag zur Dispositivziffer 3 ab.

Kommissionsminderheit 1 Änderungsanträge 1–2 zu Dispositivziffer 1 und Änderungsantrag neue Dispositivziffer 3:

Isabel Garcia (GLP): Die GLP ist der Auffassung, dass die zusätzlichen 100 000 Franken, die dem Steuerzahler überwältzt werden sollen, aus dem laufenden Betrieb der PBZ gestemmt werden können. Es handelt sich immerhin um eine Institution, die über ein jährliches Budget in der Höhe von 13 Millionen Franken verfügt; somit ist es deutlich weniger als 1 Prozent des gesamten Budgets. Wir sind der Auffassung, dass das durch Anpassungen, die über das Jahr hinweg machbar sind, möglich ist.

Kommissionsminderheit 2 Änderungsanträge 1–2 zu Dispositivziffer 1, Änderungsantrag neue Dispositivziffer 3 und Schlussabstimmung:

Stefan Urech (SVP): Die PBZ macht eine tolle Arbeit und wächst aber auch seit Jahren. Für ihr Angebot braucht sie immer mehr Fläche. Im Jahr 2018 bezahlten wir jährlich 9,6 Millionen Franken an die PBZ. Die SVP-Fraktion fordert, dass wir zurück zu diesem Betrag gehen und das Wachstum ein wenig bremsen. Es ist in den Zeiten der Digitalisierung, von E-Books und digitalen Medien eine legitime Frage, die wir uns stellen sollten: Braucht es Bibliotheken im heutigen Sinne mit immer grösseren Flächen, Sofa-Lesecken und Entspannungsräumen in dieser Form noch oder geht das Ganze nicht in die digitale Version? Ich bin erstaunt, dass der Rat, der sonst immer die Digitalisierung betont, hier «old school» unterwegs ist und Altbewährtes und Gedrucktes als Wahres

wahrnimmt. Es gibt renommierte Persönlichkeiten aus der Welt der Bibliotheken, die hinterfragen, ob das langfristig noch Zukunft hat. Wir haben nicht das Gefühl, dass ganze Bibliotheken geschlossen werden müssen, wenn wir auf das Budget 2018 zurückkehren. Es gibt viele Angebote, bei denen man sich durchaus fragen kann, ob sie notwendig sind. Dazu gehört das Zentrum für Integration. Unter Integration versteht die PBZ, dass fremdsprachige Bücher angeboten werden und nicht etwa Deutsch-Kurse. Wenn bei der PBZ angefragt wird, was das Angebot solcher Medien mit der Integration in unsere Gesellschaft zu tun hat, dann wird argumentiert, dass die Migrantenfamilien erst ihre eigene Sprache richtig gut beherrschen und darum auch ihre Medien konsumieren müssen, bevor sie Deutsch lernen. Wenn die PBZ mit dieser Realitätsfremde den gesamten Betrieb führt, mache ich mir grosse Sorgen. Auch für Migrantenfamilien hat der Tag nur 24 Stunden. Wenn sie hier sind und versuchen, sich in unsere Gesellschaft zu integrieren, ist das Deutschlernen das oberste, primäre Ziel. Bei unserem Antrag zur Erhöhung der MINT-Medien legen wir keine fixe Vorgabe fest. Wir bitten lediglich darum, den Anteil der MINT-Medien zu erhöhen, der aktuell bei 3 Prozent liegt. Bei der PBZ-Gründung wurde nicht die Deutschförderung oder Lesekompetenz als Ziel festgelegt, sondern die Volksbildung. Dass von der Volksbildung lediglich 3 Prozent MINT-Themen sein sollen, halte ich für vermessen. Unsere Gesellschaft braucht nicht noch mehr Germanisten und Ethnologen: Die Wirtschaft schreit nach Ingenieuren und Informatikern.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): Die PBZ ermöglicht der Bevölkerung einen niederschweligen Zugang zu Medien aller Art. Die Medien stehen physisch oder digital zur Verfügung. Der städtische Betriebsbeitrag von 10,6 Millionen Franken pro Jahr ist gut investiert: in die Bildung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Die Volksbildung ist eine Grundlage unserer Demokratie und unseres Wohlstands. Die Volksbildung ist ein altes Anliegen, für das sich der Zürcher Pädagoge Johann Heinrich Pestalozzi sein Leben lang vehement einsetzte. Wir bewundern ihn. Die PBZ handelt im Geist von Pestalozzi und trägt ihren Namen zurecht. Für uns Grüne ist die Volksbildung, die grundsätzlich unentgeltlich sein sollte, enorm wichtig. Darum sind wir froh, dass es die PBZ gibt und dass sie so aktiv ist. Wir sind auch froh, dass die bibliothekarische Grundversorgung der PBZ dezentral an 14 über das gesamte Stadtgebiet verteilten Bibliotheken erfolgt. Zehn davon sind Quartierbibliotheken. Sie liegen zentral in den Quartieren und sind dort wichtige Bildungsorte. Sie sind und auch Begegnungsorte für Jung und Alt und die gesamte Quartierbevölkerung. Die verschiedenen PBZ-Standorte tragen wesentlich zur Lebensqualität in den Quartieren bei. Darum sollte man sie unbedingt erhalten und sogar ausbauen. Im ersten Ziel der Strategie 2021–2023 wird festgehalten: «Die PBZ fördert die Lesekompetenz, weckt die Freude am Lesen und stärkt die Lesekultur.» Damit reagiert die PBZ auf die beunruhigenden Ergebnisse der PISA-Studie: 24 Prozent unserer 15-Jährigen fehlt die nötige Lesekompetenz, um einen einfachen Text zu verstehen. Um diesen Missstand zu beheben, muss die Sprachförderung möglichst früh im Leben des Kindes einsetzen: beim Kleinkind im Vorschulalter. Das ist der Inhalt des zweiten strategischen Ziels der PBZ. Das praktiziert die PBZ beispielsweise mit dem Projekt «Buchstart». Auch die Unterstützung von Eltern mit Migrationshintergrund im Hinblick

auf die sprachliche Entwicklung ihrer Kinder schrieb sich die PBZ auf die Fahne. Wir Grünen stehen voll und ganz hinter diesen Zielen, weil die Sprachkompetenz der Schlüssel zur Integration und gesellschaftlichen Teilhabe ist. Die Sprachkompetenz ist der Nährboden für Zufriedenheit und Erfolg im Leben – das sage ich als Mathematiker. Bei der Spracheuphorie ist es verständlich, dass an einigen PBZ-Standorten die Medien aus dem mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Bereich zu kurz kommen. Die MINT-Medien sind jedoch auch wichtig. Insbesondere wichtig sind sie für die Jugendlichen, die an Biologie, Informatik, Architektur oder Umwelt und Naturwissenschaften interessiert sind. Darum appellieren wir an die Verantwortlichen der PBZ, den MINT-Medien vermehrt Beachtung zu schenken. Wir sind überzeugt, dass dieser Appell gehört wird. Darum halten wir den entsprechenden Änderungsantrag für unnötig und lehnen ihn ab. Die geringfügige Erhöhung des städtischen Betriebsbeitrags an die PBZ um knapp 1 Prozent wird in der Weisung gut und ausführlich begründet. Darum lehnen wir den Kürzungsantrag der GLP ab. Jenseits von Gut und Böse ist der Kürzungsantrag der SVP um 1 Million Franken pro Jahr. Wir lehnen den Antrag ab, weil für uns die unentgeltliche Volksbildung enorm wichtig ist.

Natalie Eberle (AL): *Auch die AL unterstützt sowohl die Erhöhung wie auch den Betriebsbeitrag an die PBZ. Die PBZ ist wichtig für die Kinder der Stadt. Als es vor einigen Jahren zu Kürzungen kam, folgten darauf eigentliche Schliessungen von Quartiersbibliotheken. Wie wichtig die Sprache bei der Integration ist, weiss man schon lange. Es gibt diverse Studien zur Frühförderung, die aufzeigen, wie wichtig es ist, dass gerade Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund zuerst ihre Muttersprache beherrschen müssen, um nachher auch richtig Deutsch lernen zu können. Die integrationsfördernden Massnahmen der PBZ – das Angebot der fremdsprachigen Bücher und die Leseförderung mit den Familien und Eltern – sind wichtige Beiträge zur Sprachförderung der Kinder. Wir sind der Ansicht, dass die PBZ keine Schulbibliothek ist und somit ist der Gemeinderat nicht in der Position zu bestimmen, welche Medien geführt werden sollen oder welche nicht. Darum gehen wir beim Antrag zu dem MINT-Medien von der Enthaltung in die Ablehnung.*

Christian Huser (FDP): *Ich kann mich den Ausführungen von Maya Kägi Götz (SP) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) anschliessen. Wir sind der Meinung, dass der Betriebsbetrag um 100 000 auf 10,6 Millionen Franken erhöht werden soll. In der Weisung wird deutlich ausgewiesen, dass diese Erhöhung mit der Anpassung begründet ist, dass die PKZH im Jahr 2000 das Verhältnis der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge von 38 zu 62 auf 40 zu 60 anpasste. Das zog eine entsprechende Anpassung des Gesamtarbeitsvertrags nach sich, den die PBZ mit dem VPOD im Jahr 2000 abgeschlossen hatte. Die PBZ stellt für Jung und Alt im Rahmen ihrer zur Verfügung gestellten Ressourcen stets ein breites und aktuelles Medienangebot zur Verfügung, das in den letzten zwölf Jahren stets ausgebaut und verbessert wurde. Da die Finanzierung zu 80 Prozent aus den städtischen Betriebsbeiträgen erfolgt, ist es uns wichtig, dass wir die Institution weiterhin unterstützen. Den Änderungsantrag zur Dispositivziffer 3 wird die FDP unterstützen. Vor allem wirkt sich die schulische und ausserschulische Förderung im MINT-Bereich nachhaltig aus, wenn in Zukunft mehr jungen Menschen dazu bewegt werden sollen, einen naturwissenschaftlichen oder technischen Beruf zu erlernen. Dafür ist sehr wichtig,*

das Interesse möglichst früh zu wecken und es während der gesamten Schulzeit beizubehalten. Die PBZ kann einen grossen Anteil dazu beitragen, wenn das Angebot im MINT-Bereich ausgebaut wird.

Maya Kägi Götz (SP): *Wenn wir als SP dem Antrag um verminderte Betriebsbeiträge nicht folgen können, machen wir das nicht aus reiner Lust am Geldausgeben, sondern weil die PBZ gut wirtschaftet und der zusätzliche Bedarf gut ausgewiesen und notwendig ist. Wir halten die Investition in die Bildung von breiten Schichten sowohl im technisch-naturwissenschaftlichen als auch im geisteswissenschaftlichen Bereich für essenziell wichtig. Die PBZ prüfte mögliche Einsparungen mit verschiedenen Szenarien. Sie kommt zum Schluss, dass der Aufwand in der Grössenordnung nicht gesenkt werden kann, ohne dass vertragliche Vereinbarungen mit Vermietern und vor allem mit dem eigenen Personal und den Sozialpartnern verletzt werden. Eine Einsparung in dieser Dimension kann nur durch einen substanziellen Leistungsabbau – zum Beispiel der Schliessung eines grossen Standorts oder von mehreren kleinen Standorten – realisiert werden. Ich halte es nicht für redlich, einer Institution, die sich für die Leseförderung so vorbildlich einsetzt und dabei der gesamten Bevölkerung offensteht, das Unmögliche abzuverlangen. Die Bibliothek wuchs organisch und die Stadt verdient eine PBZ, die so ist, wie sie ist. Die Förderung von Sprachkompetenz geht über das Deutschlernen hinaus. Die Beitragsleistungen sind bereits an Auflagen und Bedingungen des Stadtrats geknüpft. Angebote, Dienstleistungen und Zielvorgaben sind in der Subventionsvereinbarung zwischen der Stadt und dem Verein PBZ verbindlich festgehalten. Im Übrigen ist festgehalten, dass sich die PBZ in ihrem Betrieb nicht von politischen und weltanschaulichen Fragen leiten lassen soll. Nach meiner Einschätzung macht sie das nicht. Niemand hat ein Interesse daran, die MINT-Medien zu schwächen oder die geistesgeschichtliche Wissensbildung gegen die naturwissenschaftliche auszuspielen. Der Bestand der MINT-Medien erfüllt die Richtwerte und ist ausgewogen im Gesamtangebot vertreten. Es erschliesst sich mir nicht, warum und aus welchen Beweggründen wir den Fachleuten vorschreiben sollen, wie sie die Bibliotheken zu bestücken haben. Die PBZ erklärte bereits, dass sie aufgrund der allgemeinen technologischen Entwicklungen den Bestand der MINT-Medien und das Bildungsangebot mit Themen wie Robotik oder Coding-Workshops in den kommenden vier Jahren erhöhen wird. Wir sind der Überzeugung, dass die PBZ ihrem Auftrag zur Demokratisierung des Wissens mit ausgewiesener Fachkompetenz und mit Augenmass nachkommt.*

Stefan Urech (SVP): *MINT-Medien sind heutzutage wichtig. Die Zukunft liegt beim Programmieren, Code-Lesen, Webseiten schreiben und Subito-Kassen reparieren – nicht in den Fächern, die Maya Kägi Götz (SP) mit einem Anteil von 97 Prozent fördern will. Volksbildung heisst nicht, Deutschlesekompetenzen zu fördern. Den Unterschied zwischen dem Appell der Grünen und meiner Aufforderung sehe ich nicht, und darum verstehe ich nicht, warum die Grünen uns nicht zustimmen. Selbstverständlich stimmt es, dass wenn man die Muttersprache gut beherrscht, es einfacher ist, eine Zweitsprache zu lernen. Wenn das im Alltag so umgesetzt werden könnte, wäre das sehr gut. Aber in der Realität besuchen diese Kinder auch die Primarschule oder Sekundarschule und ihr Tag hat auch nur 24 Stunden. Dass sie dann vor einer intensiven Befassung mit*

Deutsch erst noch die Muttersprache perfektionieren sollen, ist illusionär. Auf dem Papier sieht das schön aus. Aber in der Realität geht es darum, dass die Kinder möglichst schnell Deutsch lernen, damit sie in der Schule mithalten können. Sie haben in ihrer Freizeit keine Zeit, ihre Muttersprache zu perfektionieren.

Isabel Garcia (GLP): Auch die GLP ist selbstverständlich der Auffassung, dass die PBZ eine wichtige Institution ist, sehr gute Dienstleistungen für die ganze Stadt anbietet und sehr gute Arbeit leistet. Wir sind allerdings der Auffassung, dass die Erhöhung des Budgets, die wegen der zusätzlichen Sparbeiträgen notwendig wird und deutlich kleiner ist als 1 Prozent des jährlichen Budgets, aus den laufenden Kosten gestemmt werden kann. Das gilt angesichts der schwierigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation und kann im Sinn einer wirtschaftlichen und effizienten Betriebsführung erfolgen.

Änderungsanträge 1–2 zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der nachfolgenden Änderungsanträge.

Die Minderheit 1 der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Der PBZ Pestalozzi-Bibliothek Zürich wird für die Jahre 2021–2023 ein jährlicher Betriebsbeitrag von Fr. ~~10 600 000.–~~ 10 500 000.– bewilligt.

Die Minderheit 2 der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Der PBZ Pestalozzi-Bibliothek Zürich wird für die Jahre 2021–2023 ein jährlicher Betriebsbeitrag von Fr. ~~10 600 000.–~~ 9 600 000.– bewilligt.

Mehrheit: Maya Kägi Götz (SP), Referentin; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Sarah Breitenstein (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL), Christian Huser (FDP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)
Minderheit 1: Isabel Garcia (GLP), Referentin; Simone Hofer Frei (GLP)
Minderheit 2: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Roger Bartholdi (SVP)
Abwesend: Ursula Näf (SP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	78 Stimmen
Antrag Minderheit 1	12 Stimmen
Antrag Minderheit 2	<u>14 Stimmen</u>
Total	104 Stimmen
= absolutes Mehr	53 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende neue Dispositivziffer 3:

3. Die PBZ verpflichtet sich dazu, den prozentualen Anteil der MINT-Medien am gesamten Angebot über die nächsten vier Jahre zu steigern.

Mehrheit:	Maya Kägi Götz (SP), Referentin; Sarah Breitenstein (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)
Minderheit:	Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Christian Huser (FDP)
Enthaltung:	Natalie Eberle (AL)
Abwesend:	Ursula Näf (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit:	Maya Kägi Götz (SP), Referentin; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Sarah Breitenstein (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL), Christian Huser (FDP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)
Minderheit:	Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Roger Bartholdi (SVP)
Enthaltung:	Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP)
Abwesend:	Ursula Näf (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 15 Stimmen (bei 11 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der PBZ Pestalozzi-Bibliothek Zürich wird für die Jahre 2021–2023 ein jährlicher Betriebsbeitrag von Fr. 10 600 000.– bewilligt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die Beitragsleistungen von Auflagen und Bedingungen abhängig zu machen.

8 / 8

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 11. November 2020 gemäss
Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 11. Januar 2021)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat